

A. d) Berichte

01) „Brückenschlag in die Zukunft“. Bundeskanzlerin spricht beim Jahresempfang des BdV

70 Jahre Bundesrepublik Deutschland und der gelungene Aufbau eines freiheitlichen und friedlichen Europa – dies sei gerade auch wegen der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler eine Erfolgsgeschichte, erklärte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB in ihrer diesjährigen Ansprache beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen, der am 9. April 2019 im Tagungszentrum Katholische Akademie in Berlin stattfand. Die Vertriebenen hätten früh erkannt, dass „Europa als Friedensgemeinschaft die Antwort auf Krieg und all seine schrecklichen Folgeerscheinungen war und ist“.

Wer könnte besser als Sie davon erzählen, was wir an Europa haben?“, fragte die Bundeskanzlerin und lobte die verständigungspolitische Arbeit sowie den Einsatz für die Anliegen der deutschen Minderheiten in den Nachbarländern, woraus immer wieder der Brückenschlag in die Zukunft deutlich werde. Dies widerspiegle auch das aktuelle Jahresleitwort „Menschenrechte und Verständigung – Für Frieden in Europa“.

Politische Verantwortung der Bundesregierung

Die Bundesregierung nehme die politische Verantwortung sehr ernst, die aus dem Schicksal der Vertriebenen und ihrem Selbstverständnis als Brückenbauer in Europa erwachse, betonte Merkel und ging kurz auf die finanzielle Förderung zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Kulturarbeit der Vertriebenen und Spätaussiedler ein. Diese biete eine Chance, das Kulturerbe der Deutschen im östlichen Europa und die Vertreibungen als „Teil einer europäischen Beziehungsgeschichte“ sichtbar werden zu lassen und darauf aufbauend den Blick in die Zukunft zu wenden. Dabei spiele auch die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ mit dem geplanten Dokumentationszentrum im Berliner Deutschlandhaus eine wichtige Rolle, erklärte die Bundeskanzlerin und mahnte in der Fertigstellung zur Eile: „Es würde mich unendlich freuen, wenn wir endlich einmal einfach die Türen öffnen und Menschen hineinbringen könnten.“

Insgesamt freute sich Merkel der vielen interessanten Anknüpfungspunkte wegen auf die weitere Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und dem Bund der Vertriebenen und dankte den Vertriebenen und ihren Verbänden ausdrücklich für den geleisteten Einsatz.

Generationenungerechtigkeit im Rentenrecht

Persönliche Prüfung sicherte die Bundeskanzlerin bezüglich der sozialen Absicherung von Spätaussiedlern im Alter zu. Eine Aussage aus der Begrüßungsrede des BdV-Präsidenten, Dr. Bernd Fabritius, aufgreifend, zeigte sie Verständnis für die vehemente Vertretung gerade dieses Anliegens gegenüber der Bundesregierung sowie die seitens der Betroffenen deutlich gewordene Unzufriedenheit mit den Koalitionsvereinbarungen. „Ihre Zahlenangaben waren nicht ohne jede logische Relevanz, würde ich einmal sagen, was den demografischen Aufbau der Gruppe der Spätaussiedler anbelangt. Ich werde mir das daher noch einmal sehr genau anschauen“, so Merkel wörtlich.



Fabritius hatte zuvor erklärt, Spätaussiedler seien ein Gewinn für die deutschen Rentenkassen. Ihre Altersstruktur stütze die auf einen Generationenvertrag aufbauende „Solidargemeinschaft Rentenversicherung“. Ein Drittel der aufgenommenen Spätaussiedler sei jünger als 18 Jahre, der überwiegende Teil im Alter zwischen 18 und 45 und zahle Beiträge in die Rentenversicherung ein. Nur rund sieben Prozent der Spätaussiedler seien bei Aufnahme älter als 65. Dennoch werde die Gruppe der Älteren seit 1996 weitgehend aus dem Generationenvertrag ausgeschlossen und deren Rentenbezug durch Deckelung der anrechenbaren Entgeltpunkte und weitere Maßnahmen um mehr als die Hälfte gekürzt.

„Die Arbeits- und Lebensleistung der Menschen soll wesentlicher Anknüpfungspunkt im Rentensystem sein, wohl aber nicht bei deutschen Spätaussiedlern. Schlagwörter wie ‚Respektrente‘ kommen bei uns wie Hohn an, wenn wir davon weiter ausgeschlossen bleiben“, kritisierte der BdV-Präsident. Das Ziel des Bundes der Vertriebenen bleibe Gerechtigkeit für die Betroffenen. In dem Zusammenhang dankte Fabritius für Unterstützungsinitiativen – etwa seitens des Freistaates Bayern, dessen ehemaliger Ministerpräsident und amtierender Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, auch am Jahresempfang teilnahm.

„Wir brauchen Freunde!“

Über das drängende Anliegen der Spätaussiedler hinaus zeichnete der BdV-Präsident ein Gesamtbild guter Zusammenarbeit mit vielen politischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren. So freute er sich insbesondere auf die Gelegenheit, die ebenfalls anwesende Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters MdB, als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten zur deutschen Minderheit nach Rumänien begleiten und ihr als Siebenbürger Sachse das dortige deutsche Kulturerbe sowie das kulturelle Leben der Minderheit vorstellen zu dürfen.

Die Anwesenheit vieler Staatssekretäre, Vertreter der Bundes- und Landesministerien, Abgeordneten und Funktionsträger in den im Vertriebenenbereich tätigen wissenschaftlichen Instituten und Museen bewiese das überparteiliche Engagement und Ansehen des Bundes der Vertriebenen. Gleichwohl sei in mancher Hinsicht noch mehr Unterstützung für die vom Verband vertretenen, vielfach die gesamte Gesellschaft betreffenden Anliegen nötig. „Ja, wir brauchen Freunde!“, bekannte Fabritius freimütig, erklärte aber falschen Alternativen oder Augenwischereien eine Absage.

Viele Gäste beim Jahresempfang

Herzlich willkommen hieß der BdV-Präsident die anwesenden Vertreter der deutschen Minderheiten aus den Nachbarländern. So waren u.a. aus Oppeln der Vorsitzende der dortigen Sozial-Kulturellen Gesellschaft und Präsident des Sejmiks (Landtages), Rafał Bartek, sowie die Geschäftsführerin des Gesamtverbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, Maria Neumann, und aus Hermannstadt der Geschäftsführer des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien, Benjamin Józsa, angereist.

Zu prominenten Gästen des diesjährigen Jahresempfanges zählten außer der Bundeskanzlerin, dem Bundesinnenminister und der Kulturstaatsministerin u.a. der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Alexander Dobrindt, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für



Verbraucherschutz, Rita Hagl-Kehl, der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckhard Pols, der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Roland Jahn, der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Dr. Nikola Eterović, sowie etliche weitere Vertreter des Diplomatischen Corps, darunter die Botschafter Armeniens, Chiles, Kasachstans, Kroatiens, Moldawiens, Ungarns und Weißrusslands.

Besonders freute sich Fabritius, mit Margarete Ziegler-Raschdorf, Editha Westmann MdL, Heiko Hendriks und Dr. Jens Baumann die Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler aus Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen begrüßen zu dürfen.

Intensive Klausurtagung des BdV

Erneut hatte der Bund der Vertriebenen im Umfeld des Jahresempfanges zu einer Klausurtagung des Bundesausschusses eingeladen. Auf dieser wurde intensiv über aktuelle Themen und Arbeitsfelder des Verbandes und seiner Mitglieder gesprochen und die im vorangegangenen Jahr angestoßene Strukturdebatte fortgesetzt.

Die anwesenden Vorsitzenden der Landsmannschaften und Landesverbände freuten sich, ein neues Mitglied in ihrer Mitte begrüßen zu dürfen: Das Präsidium hatte zuvor einem Antrag der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zugestimmt und die Stiftung als außerordentliches Mitglied in den Bund der Vertriebenen aufgenommen. Der Stiftungsvorsitzende, der ehemalige BdV-Vizepräsident Reinfried Vogler, dankte für das Vertrauen und warb gleichzeitig um Unterstützung für die traditionsreiche Stiftung. Derzeit würden Zukunftsperspektiven ausgelotet. BdV-Präsident Fabritius betonte, die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zwischen den Regierungsparteien müsse im Hinblick auf die Kulturstiftung von den Vertriebenen eng begleitet werden.

Abschließend wurde auf wichtige Termine des Verbandes in diesem Jahr hingewiesen: So werde am 31. August der diesjährige zentrale Auftakt zum Tag der Heimat in der Berliner Urania stattfinden. Am 29. November wiederum werde die Bundesversammlung ebenfalls in Berlin, in der Landesvertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund, durchgeführt. In deren Zusammenhang werde der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck auf einstimmigen Beschluss des Präsidiums mit der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen ausgezeichnet.

Marc-P. Halatsch

DOD 02/2019

02) Fabritius und Grütters zu Besuch in Rumänien

Erste gemeinsame Reise der beiden Beauftragten nach Siebenbürgen

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius und die für Kulturförderung gem. § 96 BvFG zuständige Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Prof. Dr. Monika Grütters MdB, haben die deutsche Minderheit in Rumänien besucht.



Am ersten Tag trafen Fabritius und Grütters mit den Vertretern des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien, dem Vorsitzenden des Siebenbürgenforums DFDS, Prof. Martin Bottesch und Abgeordneter Ovidiu Gant, dem Bischof der Deutschen Evangelischen Kirche A.B. in Rumänien, Reinhart Guib, sowie der Oberbürgermeisterin der Stadt Hermannstadt, Astrid Fodor, zusammen. Danach besuchten die beiden Bundesbeauftragten gemeinsam die Kirchenburgen Heltau und Kleinschenk, um sich vor Ort über den Ablauf von Restaurierungsprojekten und neuen Nutzungskonzepten ein Bild zu machen. Sie zeigten sich beeindruckt vom kulturellen Reichtum der seit dem 12. Jahrhundert von Deutschen besiedelten Gebiete in Siebenbürgen. Bei einem folgenden Besuch in Kronstadt besuchte die Delegation die Schwarze Kirche sowie das deutsche Honterusgymnasium, wo ein Gespräch mit Schülern einer 12. Klasse stattfand.

Empfang durch den rumänischen Staatspräsidenten

In Hermannstadt und Kronstadt ließen sich Fabritius und Grütters von den Gesprächspartnern über die Situation der deutschen Minderheit und deren aktuelle Anliegen informieren.

Am folgenden Tag wurden Fabritius und Grütters vom rumänischen Staatspräsidenten Klaus Johannis in Bukarest empfangen. Schwerpunkte des intensiven und freundschaftlichen Gesprächs waren die Situation der deutschen Minderheit in Rumänien, gemeinsame Kulturprojekte, die Bewahrung der Kirchenburgen, das muttersprachliche Schulwesen und Fragen der Rechtsstaatlichkeit in Rumänien.

DOD 02/2019

03) Fabritius und Mayer zu politischen Terminen in Warschau **Vorgespräch zum deutsch-polnischen „Runden Tisch“**

Warschau. (dod) Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Stephan Mayer, sind zu politischen Gesprächen mit dem Staatssekretär im Außenministerium Szykowski vel Sęk und dem Staatssekretär im Innenministerium Szefernaker im Rahmen der Vorbereitung des Runden Tisches nach Warschau gereist.

Die Ko-Vorsitzenden einigten sich darauf, die nächste Sitzung des Runden Tisches bereits in der zweiten Juni-Hälfte in Deutschland durchzuführen. Konsens wurde auch hinsichtlich einer Fokussierung auf inhaltliche Schwerpunkte gefunden. Darüber hinaus bestand Einigkeit, einzelne Detailfragen bereits im Vorfeld des Runden Tisches zu klären. Die Gespräche verliefen in einer sehr freundschaftlichen und konstruktiven Atmosphäre.

(PM)

04) Merkel-Besuch bei Deutschen in Rumänien wichtiges Zeichen **der Wertschätzung** **Fabritius für Gebrauch deutscher Städtenamen**





Pressemitteilung

Merkel-Besuch bei Deutschen in Rumänien wichtiges Zeichen der Wertschätzung Fabritius für Gebrauch deutscher Städtenamen

Am Rande des EU-Gipfels in Hermannstadt (Rumänien) besuchte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB gemeinsam mit dem rumänischen Staatspräsidenten Klaus Johannis auch das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien – den Dachverband der dortigen deutschen Minderheit.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, erklärt hierzu: „Dieser Besuch von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Johannis ist ein wichtiges Zeichen des Beistandes und der Wertschätzung für die angestammte deutsche Minderheit in Rumänien. Gerade die Bundeskanzlerin beweist hier großes Feingefühl, war die deutsche Minderheit doch zuletzt Ziel einer regelrechten Verleumdungskampagne regierungsnaher Kreise in Rumänien.“

Diese Kampagne reichte von Diffamierungen Angehöriger der deutschen Minderheit als „Nazis“ über ähnliche Andeutungen im Hinblick auf die Evangelische Kirche A.B. in Rumänien bis hin zu einer Fotomontage des deutschstämmigen Staatspräsidenten Johannis mit SS-Insignien und in Nazi-Uniform.

Fabritius wünscht sich, „dass solche Besuche und deutliche Zeichen der Verbundenheit deutscher Politiker mit den deutschen Minderheiten im Ausland zur Regel werden“ und erinnert etwa an das Treffen der Bundeskanzlerin mit Vertretern der deutschen Minderheit in Polen im Jahr 2017 und die Begegnung zwischen Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier und Vertretern der deutschen Minderheit in Polen 2018.

Deutliche Kritik übt der BdV-Präsident an der Berichterstattung der deutschen Medien über den EU-Gipfel, in der mit „Sibiu“ regelmäßig ausschließlich der rumänische Name der Stadt Hermannstadt benutzt wird. Fabritius hierzu: „Wenn eine ausländische Stadt einen deutschen Namen hat, sollte in der deutschen Berichterstattung auch dieser Name benutzt werden. Es existieren sogar offizielle Regelungen dafür. Niemand berichtet für das ZDF oder den Spiegel aus ‚Warszawa‘ oder ‚Bucuresti‘. Nur bei Städten, die früher mehrheitlich deutsch besiedelt waren, scheint es diese journalistischen Verrenkungen immer wieder zu geben. Statt falsch verstandener Political Correctness wäre hier seitens der Medien etwas mehr Sensibilität für die eigene Sprache geboten.“

10. Mai 2019

Herausgeber:
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52

Pressekontakt:
Marc-Pawel Halatsch
Pressesprecher
Pressehaus 4204
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 5858 443-50
Telefax +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebennennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotivwünsche, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.



06) Wien: Staatliche Ehrung für Hartmut Koschyk: Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich

Vor kurzem wurde der ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sowie langjährige Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk vom Österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen mit dem „Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“ ausgezeichnet.

Die feierliche Verleihung erfolgte im „Haus der Heimat“ des Verbandes der Deutschen Altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ) in Wien durch die Staatssekretärin im Österreichischen Innenministerium Karoline Edtstadler.

Die Staatssekretärin würdigte Koschyks jahrzehntelangen Einsatz für die Heimatvertriebenen und Aussiedler sowie die deutschsprachigen Volksgruppen in Europa und der ehemaligen Sowjetunion. Dabei habe er immer auch die Heimatvertriebenen in der Republik Österreich sowie die deutschsprachigen Volksgruppen in den Nachfolgestaaten Wien: Staatliche Ehrung für Hartmut Koschyk der Donau-Monarchie im Blick gehabt und sei frühzeitig für eine engere Zusammenarbeit Deutschlands und Österreichs in Vertriebenen- und Volksgruppenfragen eingetreten.

Auch bei seinen Reisen in die Heimatgebiete deutschsprachiger Volksgruppen habe der Politiker den Kontakt zu den diplomatischen Vertretern der Republik Österreich gesucht – so Edtstadler.

Hartmut Koschyk dankte für die hohe Auszeichnung der Republik Österreich, die er als Ansporn und Verpflichtung empfinde, auch nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik beispielsweise im Rahmen der Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ für die altösterreichischen deutschsprachigen Volksgruppen in den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie tätig zu sein. Hierbei wolle er auch mit dem VLÖ eng zusammenarbeiten, dessen Generalsekretär Norbert Kapeller er für die Initiative zu dieser Ehrung dankte. Koschyk verriet: Als Kind oberschlesischer Eltern und Ehemann einer sudetendeutschen Frau war sein Blick in Vertriebenen- und Minderheitenfragen nie allein auf Berlin, sondern immer auch nach Wien gerichtet gewesen. Gerade der Einsatz der Republik Österreich für ein modernes Volksgruppen- und Minderheitenrecht hat ihn immer beeindruckt. Am Festakt in Wien nahmen u.a. führende Vertreter des VLÖ wie Verbandspräsident Rudolf Reimann, Generalsekretär Norbert Kapeller, der Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich, Gerhard Zeihsel, der Deutsche Botschafter in Wien, Johannes Konrad Haindl, und Andere teil.

D.G.

DOD 02/2019

07) Erinnerungen an das Grauen. Die Schicksale deutscher Zivilisten nach dem Zweiten Weltkrieg

„Als ich in die Haftzelle kam, da hab ich gedacht, die haben alle irgendwas ausgefressen, bloß ich nicht, bei mir ist es ein Irrtum, der sich aufklären muss. Man hat sich nicht denken können, dass man ohne Schuld eingesperrt bleiben kann. Man hat doch nichts gemacht.“



Dieses Zitat stammt von der Zeitzeugin Anneliese Fleck, die in Workuta, einem sogenannten Besserungsarbeitslager des Gulag-Systems für politisch Verfolgte und Kriegsgefangene in der Sowjetunion, eingesperrt war. Sie hat die Haft überlebt.

Dass deutsche Zivilisten nach Ende des Zweiten Weltkriegs in osteuropäische und sowjetische Lager verschleppt und dort interniert wurden, ist ein in der Öffentlichkeit wenig bekanntes Thema. Die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ greift es mit der Ausstellung „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“ auf. Zusammen mit dem Bund der Vertriebenen und mit Förderung des BMI präsentierte sie die Dokumentation seit Freitag im Foyer der Fichtelgebirgshalle. Es ist nach „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“, „Angekommen“, „Die Gerufenen. Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“ und „Verschwundene Orte“ der fünfte und vorerst letzte Teil einer Wanderausstellungs-Reihe.

Die Ursachen für die Deportationen lagen in den vorausgegangenen Verbrechen des NS-Regimes an den Menschen vor allem in jenen Ländern. „Sie gebaren aus sich heraus das Böse. Sie ließen Völker und Mächte zu Aggressoren, Menschen zu Bestien, Zivilisten zu Tätern und Opfern werden“, sagte Albrecht Schläger aus Hohenberg, der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, am Eröffnungsabend der Ausstellung. Die Verbrechen des NS-Regimes seien die „böse Saat“ für anschließende Vergeltung und Rachegedanken gegen die besiegten Deutschen“ gewesen.

Schläger weiter: „Wer nicht rechtzeitig vor der Roten Armee fliehen konnte, war deren Willkür ausgeliefert und unterlag dem Kollektivschuld-Dogma.“ Nach Kriegsende wurden die Deutschen aus Ländern wie der Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, der sowjetischen Besatzungszone, der DDR und teilweise aus Ungarn vertrieben; aus Rumänien seien sie – wie insgesamt rund zwei Millionen Deutsche aus den Ostprovinzen und den deutschen Siedlungsgebieten in Südosteuropa – zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert worden.

Frauen, Jugendliche, Kinder und Alte

Es traf, das macht die Dokumentationen auf zahlreichen Bild- und Schrifttafeln, mit einem Zeitzeugen-Film, modernen Medien und einer Handbibliothek deutlich, in der Hauptsache Frauen, Jugendliche, Kinder und alte Menschen. Sie wurden interniert, ohne je angeklagt oder gar verurteilt worden zu sein. Für die sowjetische Siegermacht war die Arbeitskraft deutsche Zivilisten ein Teil der Reparationen; ihre westlichen Verbündeten erhoben keinerlei Einwände. Einiges über ihre grauenhaften Schicksale erfährt der Ausstellungsbesucher aus zahlreichen Augenzeugenberichten wie dem oben angeführten.

Die Ausstellung vermittelt aber auch Grundsätzliches wie die politische Vorgeschichte der Deportationen, die Wissenschaftler erst seit etwa 30 Jahren – seit dem Fall der Mauer – allmählich aufarbeiten können. Sie beschreibt die Motive für die Lagerbildung, die verschiedenen schnell errichteten Massenquartiere sowie die dortigen Lebensbedingungen. Mit erschütternden Erinnerungen der Zeitzeugen in dokumentarischer und literarischer Form macht sie das persönliche Empfinden der Opfer nachvollziehbar.



Wege zueinander finden

Der Ausstellungsbesucher erhält auch Einblicke in die Art und Beschaffenheit von Lagern, in denen die Deportierten in den verschiedenen Ländern hausen mussten. So gewinnt man eine gute Vorstellung von den unmenschlichen Bedingungen, die viele der Inhaftierten nach Willkür, Isolation von der restlichen Welt, Schlägen, Vergewaltigungen, Hunger und Krankheiten nicht überlebten. Die, die überlebten, waren für ihr Leben traumatisiert.

Heute versuchen die betreffenden Staaten und die ehemaligen deutschen Zwangsarbeiter Wege zueinander, zur Verständigung miteinander zu finden. Auch das dokumentiert die Ausstellung.

Kerstin Starke

DOD 02/2019



01) Zentralrat der Armenier in Deutschland e.V. Գերմանահայոց Կեդրոնական Խորհուրդը :

Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Genozids an den Armeniern im Osmanischen Reich von Drohungen überschattet.

Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Genozids an den Armeniern im Osmanischen Reich von Drohungen überschattet. Der Zentralrat der Armenier in Deutschland ist bestürzt über die Behinderungen der bundesweiten Gedenkveranstaltungen.

Nach dem Zwischenfall in Baden-Württemberg (die ZGS berichtete am 26.04.2019 über die Räumung der Gedenkveranstaltung), musste auch die am 27.04.2019 von Zentralrat der Armenier und der Diözese der Armenischen Kirche in Deutschland organisierte zentrale Gedenkveranstaltung für die Opfer des Genozids an den Armeniern im Osmanischen Reich ohne einen der Hauptredner erfolgen.

Es sollte eine englischsprachige Gedenkrede für die bis zu 1,5 Millionen armenischen Opfer werden, die vor 104 Jahren in der Türkei systematisch ermordet wurden, ein Vortrag über die Perspektiven der Institutionalisierung des Gedenktags in Deutschland am Beispiel



Frankreichs. Der vorgesehene Redner, Herr Mourad Franck Papazian, Co-Präsident des Koordinierungsrates der Armenischen Vereine in Frankreich, hatte selbst einen wichtigen Beitrag zur Ausrufung des 24. April als eines nationalen Gedenktags in Frankreich für die Opfer des Genozids an den Armeniern geleistet. Doch während die Gedenkveranstaltung im Baden-Württembergischen Bad Cannstatt wegen eines möglichen Anschlags auf die Lutherkirche aus Sicherheitsgründen verschoben werden musste, musste der prominente Hauptredner der zentralen Gedenkfeier in Frankfurt wenige Stunden vor der Veranstaltung seine Teilnahme wegen akuter Sicherheitsbedenken absagen. Er habe eine Warnung der französischen Sicherheitspolizei erhalten, dass er eine Zielscheibe türkischer Extremisten in Deutschland werden könnte.

Nach den Zwischenfällen in Bad Cannstatt und in Frankfurt am Main, muss der Zentralrat der Armenier in Deutschland nun in die Diskussion einsteigen. Der Vorsitzende, Herr Dr. Owassapian, bezeichnete die Vorfälle als „eine neue Dimension von Einschüchterungsversuchen gegenüber den armenischen Gemeinden in Deutschland“, die von der deutschen Regierung viel zu wenig beachtet und ernstgenommen werden würden: „Es ist eine Schande, dass das Gedenken an die Opfer eines Völkermordes durch Drohungen und Störungen beeinträchtigt und behindert wird. Dies ist nicht nur ein Armutszeugnis für die deutsche Demokratie, sondern auch eine Widerspiegelung des aus der Türkei systematisch exportierten und in Deutschland viel zu lange tolerierten Armenier-Hasses. Wir sind alle zutiefst bestürzt und schockiert, dass so etwas in Deutschland geduldet wird und niemand seine Stimme erhebt“. „Man fragt sich“, so Owassapian, „wo nach der Bundestagsresolution des Jahres 2016 die klaren und lauten Verurteilungen aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft bleiben“. Trotz der Resolution und der darin offiziell eingestandenen Mitschuld am Völkermord an den Armenier setzt sich die Bundesrepublik Deutschland mit diesem Teil ihrer Geschichte nicht ansatzweise auseinander.

Offenbar können die Armenier in Deutschland nicht einmal ungestört an die Vorfahren und die Opfer des Völkermords gedenken. Die türkische Leugnungspolitik hat damit in Europa neue Dimensionen erreicht. Gegen die systematisch verfolgte Leugnungspolitik der Türkei brauchen wir gerade deswegen eine Institutionalisierung der Erinnerung an den Genozid an den Armeniern in Deutschland. Die Erinnerung an den Völkermord an den Armeniern muss Teil des erinnerungspolitischen Diskurses in Deutschland und Europa werden.

Nach der Bundestagsresolution des Jahres 2016 sind aber keine weiteren Schritte in dieser Richtung unternommen worden. Die in der Resolution angesprochenen Ziele und Maßnahmen wurden nicht ansatzweise umgesetzt. Der Gedenktag selbst findet kaum Resonanz in Politik und Öffentlichkeit, er bleibt vielmehr weiterhin ausschließlich der armenischen Gemeinschaft selbst überlassen. Von einigen Intellektuellen und Politikern abgesehen, zieht die Politik in Deutschland es vor, den Genozid an den Armeniern zu „ignorieren“ und ihn vor allem als „Hindernis“ in der Türkeipolitik zu betrachten. Es entsteht der Eindruck, dass mit der Resolution nachgerade ein Schlussstrich für die Politik gezogen werden sollte. So erfährt der Völkermord an den Armeniern nicht die Bedeutung, die ihm angesichts der Verwobenheit Europas und insbesondere Deutschlands mit dieser Geschichte zukommen sollte.

Der Völkermord an den Armenier wird nach wie vor von der Türkei geleugnet. Sie will nichts von einem Genozid wissen. Der erste Völkermord im Europa des 20. Jahrhunderts darf aber nicht den politischen Rücksichtnahmen gegenüber der Türkei geopfert werden. Die Nachkommen der Opfer und Überlebenden sollen nicht nur symbolisch des



Seite 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 750 vom 16.05.2019

schmerzhaftesten Tags der armenischen Geschichte gedenken können, das Gedenken ist auch eine Mahnung zur Verhinderung weiterer Völkermordverbrechen. So dürfen gerade in Deutschland die 1,5 Millionen Opfer und die Zerstörung des Kulturerbes der ersten christlichen Nation nicht aus politischen Gründen verschwiegen werden. Wir erwarten daher, dass der 24. April in der Bundesrepublik Deutschland in einer angemessenen Form institutionalisiert wird und endlich Aufnahme findet in den Kalender des Gedenkens der Bundesrepublik Deutschland.

<http://www.zentralrat.org/de/node/11093>

